

# Sächsische Volkszeitung

**Bezugspreis:** Wochentäglich in der Geschäftsschule oder von der Post abgeholte Ausgabe A mit illust. Beilage 6.90 M.—Ausgabe B 6.45 M. Zu Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.85 M., Ausgabe B 6.90 M. — Die Schriftliche Vollgeltung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Geschäftszimmer der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

**Angaben:** Einnahme an Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorw. — Preis für die Petit-Spalte 90,- im Mittelteil 2,50,-. Familien-Anzeigen 80,-. — Für unleserlich geschriebene, sowie durch Rechtschreiber aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Zentrumspartei und Zentrumspolitik

Unter dieser Spitzmarke bringt die „Kölner Volkszeitung“ (Nr. 66) folgende sehr beachtenswerte Ausführungen:

In einem rückschauenden Artikel über den Zentrumsparteitag darf auf ein Wort über das Problem Erzberger nicht fehlen. Der Kampf um Erzberger tobt auch in unseren Reihen. Liedenschaftliche Gegnerschaft und geisterter Wahngescheit — beides ist in unserer Partei zu finden. Das ist ein Gegensatz, der zum Sprengpulver für die Partei werden kann, wenn er nicht behoben wird. Man hat sich in öffentlicher und geschlossener Sitzung mit dem Problem Erzberger beschäftigt. Was dabei herausgekommen ist, ergibt sich aus zwei einstimmig angenommenen Entschließungen: 1. aus der von der geschlossenen Sitzung am Dienstag einstimmig angenommenen Resolution, die A. ausschließlich mit Erzberger beschäftigt, und 2. aus dem Parteitagsschlusse über die Politik der Zentrumsfaktion. Kurz zusammengefaßt ist der Sinn dieser beiden Beschlüsse der, daß die Fraktion sich mit der Person und gewissen Eigenheiten seiner Persönlichkeit und seines politischen Auftretens nicht identifiziert, daß aber das, was man „Erzberger-Politik“ nennt, Zentrumspolitik ist, für die das Zentrum verantwortlich zeichnet, und daß das, was man Erzberger zum Vorwurf machen kann, nicht auf dem Gebiet der großen politischen Fragen liegt, sondern daß es Fragen des Geschmackes, der Taktik und der politischen Methoden sind, bei denen mit mehr oder weniger Recht die Kritik eingehen kann. Wie wollen das noch näher umschreiben, indem wir zum Teil Gedanken wiedergeben, die auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht worden sind.

Die Zentrumsfaktion ist keine Hammelherde, die willens- und gedankenlos nach der Peife eines einzelnen Mannes tanzt. In der Fraktion der Nationalversammlung sitzen in der Politik und im Parlament grau geworbene Politiker, die gewohnt sind, sich ihr eigenes Urteil zu bilden und die viel zu starke Persönlichkeiten sind, als daß sie sich einen fremben Willen aufzwingen und ihr eigenes Urteil ausschalten ließen. Wer also in den Fragen, in denen das Zentrum mit dem Abgeordneten Erzberger einig ist, Erzberger schlägt, der trifft gleichzeitig das Zentrum. Daraüber müssen sich alle unsere Partei-freunde im Klaren sein. Zweierlei steht fest: 1. Der Parteitag hat die Politik der Fraktion gebilligt, 2. die Resolution der geschlossenen Sitzung stellt fest, daß die Zentrumsfaktion die Politik der Koalitionsgierung und damit die Politik Erzbergers gebilligt hat. Wer diese selben Dinge ignoriert, der stellt sich damit außerhalb der Zentrumspartei. Im übrigen hat keiner unserer Partei-freunde die Verpflichtung, Herrn Erzberger gefühlsmäßig zu verehren und zu ihm als einem großen Mann aufzuschauen. Wem gewisse Eigenheiten seiner politischen Persönlichkeit nicht gefallen, der mag ruhig bei seiner Meinung bleiben. Es ist darum ein nicht minder guter Zentrumsmann. Vor einem aber möchten wir die Herren Erzberger kritisch gegenüberstehenden Partei-freunde warnen: daß sie sich nicht durch deutsch-national- und nationalsozialistische Phrasen ins Garn laden lassen. Mit was für Politiker wir es bei den Deutschnationalen zu tun haben, ist auf dem Parteitag deutlich zum Ausdruck gekommen. Aber, wer die Politik und die politischen Kampfmethoden dieser Herren im Parlament aus nächster Nähe beobachtet und ihre Presse verfolgen kann, der wird die Schwäche des Erzbergerischen Potentils mindestens verständlich finden, wenn er auch nicht jeden Ausdruck billigt, und wird Bedenken tragen, sich zu einer zu engen Nachbarschaft und Verbundengemeinschaft mit ihnen verschließen zu lassen.

Wir können in diesem Zusammenhange nicht noch einmal auf die Frage des Waffenstillstandes und des Friedensschlusses eingehen, zu denen Erzberger ja in engster Verbindung steht. Wir können nur immer wieder auf die beiden oben festgestellten Tatsachen verweisen und unseren Parteifreunden allergrößtes Misstrauen zeigen, daß in einem sehr großen Teil parteipolitischen Agitationsbedürfnis entfesselte Polemik der Deutschnationalen gegen Erzberger zuzuschreiben. Wenn manche Zentrumshänger bedauern, daß die Kluft zwischen Zentrum und Deutschnationalen so groß geworden ist, so würden sie ungerecht sein, wenn sie die Schuld hieran auf der Seite des Zentrums oder Erzbergers suchen wollten. Solange die Deutschnationalen eine so makelose und persönlich gehässige Oppositionspolitik treiben, wie sie es in der Nationalversammlung und in ihrer Presse tun, solange die Parteien selbst nicht die nötigste Neigung erkennen lassen, die Prinzipien der Verständigung zu fördern, solange sie im Bunde mit den Unabhängigen, die Notlage des Vaterlandes praktisch verleugnend dem Vaterlande versagen, was es zum Leben braucht, ist an eins Zusammenschluß mit ihnen nichts zu hoffen.

Noch eine Frage muß hier kurz gestreift werden, über die auf dem Parteitag Klarheit geschaffen worden ist. Es gibt in unseren Freien Republikaner und Monarchisten. Sie müssen es lieben. An dieser Bezeichnung verwirren wir auf die eindeutigsten Worte des Abg. Dr. Porath. Für beide ist in den Reihen des Zentrums Platz. Das Zentrum hat sich zwar nach der Revolution auf den Boden der Tatsachen gestellt, verlangt aber von seinem seiner Anhänger, der die Monarchie für eine bessere Staatsform hält als die Republik, daß er diese Überzeugung preisgibt. Nur das eine muß verlangt werden, daß jeder Zentraalmann die Verhüllung anerkennt und daß für ihn jede Aenderung der Verfassung auf einem anderen als rechtmäßigen Wege auszufallen wolle.

Über den Parteitag der Zentrumspartei wird noch manches geschrieben und gesprochen werden. Es ist auf ihm eine reiche Saat gesät worden, die aber nur dann reiche Früchte bringen kann, wenn in unserer Partei eifrig Arbeit geleistet wird. Hierzu ist die nun endlich begründete Reichsparteiorganisation und die Presse in erster Linie zu berufen. Aber auch die Abgeordneten müssen in den parlamentarischen Wochen das Ihrige dazu tun, damit die Grundgedanken der Zentrumspolitik, so wie sie auf dem Parteitag zum Ausdruck gekommen sind, in tausendfachen Kanälen dem Verständnis des letzten Wählers nähergebracht werden. Der kommende Wahlkampf muß, wie wir schon in unseren einleitenden Bemerkungen zum Beginn des Parteitages sagten, eine geschlossene Zentrumspartei finden, die mit ganzer, ungeteilter Kraft im deutschen Volke um Anhängerchaft werben kann.

## **Der Schulkampf im protestantischen Lager**

Im "Dresdner Kirchenblatt für die evangelisch-lutherische Gemeinden" (Nr. 31, Januar 1920) finden wir erfreulicherweise einen Artikel "Kampf um die Schule", der sich unserer Aussäufung nach vollständig auf den Boden stellt, der die beiden großen Koalitionen in Dresden vor gut einem Jahre in den gemeinsamen großen Kundgebungen im Bismarck-Sorrowsani, in der Dreilönigs- und Frauenkirche vereinigte. Hoch wertet er das Ergebnis, daß in Sachsen fast fünf Viertel Millionen wahlfähiger Männer und Frauen sich mit ihrer Unterschrift für die Kirche und die christliche Schule einzegten, dazu weitere Millionen aus dem übrigen Deutschland, daß sich im Bureau der Nationalversammlung in Weimar die Petitionen hoch auf zwei großen Tafeln stürmten, ein Ausblick zum Staunen.

Superintendent Dr. Kögisch ist der Anteilsschreiber. Das um die Schule der Kampf heißen denn je entbrannt ist, und rücksichtslos gefeuert wird, leugnet er natürlicherweise nicht. Wohl schreibt er: „Ich befenne, daß ich zu denen gehörte, die Frieden und Verständigung wollten. . . Ich meinte stets es müsse einen Weg geben, auf dem der Schule sowohl wie den Konfessionen das Ihre würde und das ganze Volk seine einheitliche christliche Schule behielte. Dr. Seyferth schien auf diesem Wege zu führen. Aber dann heißt es auch weiter: Seine (Seyferths) Ausführungen in der Vollzammer jedoch haben dann enttäuscht. Er behauptet, daß Sachsen bereits eine Simultan-Schule hätte. Er behauptet, daß das Übergangsschulgesetz, das zu Ostern 1920 in Kraft treten sollte, bereits feste Zustände in Sachsen geschaffen hätte. Er behauptet, daß die Konfessionen nicht das Recht hätten, konfessionelle Schulen zu fördern. Das alles gegen die Wirklichkeit und gegen die Verfassung! Ich wollte trotzdem noch nicht die Hoffnung auf eine Einigung aufgeben und erinnerte in der Dresdner Presse Herrn Dr. Seyferth an das „Augsbländnis“, daß er in Weimar den Katholiken gewarnt hatte: „daß Ihre Kinder nach dem Bekenntnis vereinigt werden dürften“. Ich folgerte daraus, daß Dr. Seyferth den Evangelischen das gleiche Recht zugeschrieben würde. Er hat darauf am 8. Januar 1920 in der Vollzammer geantwortet und erklärt, daß dieses sein vor der zweiten Lesung der Verfassung gegebenes Wort nicht mehr gelte. Er bleibt also dabei, den bisherigen Zustand, nach dem die Kinder nach ihrer Konfessionen in den Schulen lernen, aufzuhalten und die Kinder konfessionell zu misschen. Das würde die ungleichmäßigen und unlösbarsten Schwierigkeiten in sich bergen. Der Religionsunterricht – doch dem übrigen Unterricht niemals gleichsam nur äußerlich anzuhängen. Er will und kann nicht mit dem Wesen und Geiste der Schule sonst in Widerjorsch stehen. Darum verträgt sich konfessioneller Religionsunterricht und ein im übrigen interkonfessioneller Schulunterricht nicht miteinander. Die konfessionellen können sich nicht damit zufrieden geben. Und da Dr. Seyferth für seine Vorstellungen nicht einmal die Linke der Vollzammer gewinnen und von ihrer Forderung der religiösenlosen Schule überzeugen konnte, so dürften seine Bemühungen sich ergebnislos halten.“

Und wir wissen nun klar, was wir zu tun haben! Wir haben den Kampf zu vermeiden gesucht bis jetzt. Wir müssen ihn jetzt anzunehmen. Wir müssen unter gutes Recht das die Verfassung uns verbürgt verteidigen. Keine Ausdehnung wird es erlaubt können. Da Reich wird und muss auf unserer Seite stehen. Es ist gut, daß durch die Reichsverfassung auch festgestellt worden ist, daß die Schule nicht bloß eine Veranstaltung des Staates oder der Lehrechaft ist, sondern vor allem eine Sache der Erziehungsberichtigten. Im ganzen Leben kann diesen nicht das Recht bestehen werden, eine Erziehung ihres Kindes nach ihrem Willen zu verlangen. Wir fordern die evangelischen Eltern und Erziehungsberichtigten (Wahlberechtigten) auf, einzutreten für die Schule, wie wir sie bis jetzt gehabt haben, für unsere alte gute evangelische Volksschule. Kein Wahrschafft evangelischer Christ unterläßt es, gemäß Artikel 146, Abs. 21) der Reichsverfassung die Erhaltung der evangelisch-lutherischen Volkschule zu beantragen. Der Volksfürsichtliche Laienbund aber muß jetzt zeigen, was er kann. Seine Helfer und Helferinnen werden die Erfüllungsordnungen in die Haushaltungen tragen, dort zur Unterföhrung abgeben und sie wiederum abholen zur Einreichung beim Reichsschulamts mit Bezeichnung des Befürworters. Die nötigen Postkästen sind Ferdinandstraße 16, 1, erhältlich.

"Mag sein, daß der Kampf noch und schwer wird. Aber wir haben für ihn ein gutes Gewissen. Gott sei mit uns und gebe, daß wir am Ende des angefangenen Jahres mit Dank und Erfriedigkeit auf das zweitürige Jäuchen, was wir erwartet haben!"

auf das zurückzuhauen könnten, was wir erlämpst haben." Es kann den Katholiken eine Befriedigung sein, daß Herr Oberkonsistorialrat Kölpisch in dieser an die evangelisch-lutherischen Gemeinden der Hauptstadt verlangbaren Erneuerung unumwunden die Richtigkeit des Standpunktes meint, den wir, geprägt aus den Willen der katholischen Erziehungsvereinigungen und in Eintrage besonders mit der Bekanntmachung des katholischen Schulvorstandes für die Neuauflahme der Oberschulprüfung wiedenden katholisch erziehenden Kindern bereit immer gewahret haben: "Das Reich wird und muss auf unserer Seite stehen." Das meinen wir auch: daran kann die Bekanntmachung der sächsischen Schulbehörde weder in Dresden noch in Leipzig etwas ändern. Am ganzen Leben kann den Erziehungsvereinigungen nicht das Recht bestehen werden, eine Erziehung der Kinder nach ihrem Willen zu verlangen." Ganz unsere Meinung! Wir wünschen in der Tat, daß die durch ihr Volemnis von den Katholiken geschaffene Erneuerung in Sachsen eben so in Sachsen wie in Thüringen

Worten ihres Ephorus beklagen möchten, und daß der Volkstümliche Laienbund keinen Fleiß und Eifer mit großen Erfolgen belohnt seien möchte.

Doch der Kampf geht und jähren und noch längst nicht zu Ende, das glauben auch wir. Und wenn in dem Flugblatt, das dem Altenblatt beigefügt war, zu lesen ist: Die Schulnot in Sachsen steht zum Himmel!, wahrlich, das ist auch unsere Meinung. Und wenn es darin heißt: Evangelische, lasst euch von den Katholiken, die für ihre katholische Schule mutig eintreten, nicht beschämen. Der Staat muß sie ihnen schaffen und erhalten", so dürfen wir uns wohl der Anerkennung freuen, die in diesen Worten der kleinen Minderheit der katholischen Elternschaften in Sachsen ausgesprochen ist, wollen aber gewiß nicht meinen, daß wir auf der Höhe der Erfolge unbesorgt und ohne Arbeit weiter wandeln dürften. Nur die Zusammenfassung aller Kräfte, die vollständige Auflösung aller katholischen Kreise kann den Endtag bringen. Viel bleibt noch zu tun übrig. Von niemandem darf sich die katholische Elternschaft irre machen lassen. Das geschriebene und das in Versammlungen gesprochene Wort muß die Auflösung in alle Köpfe tragen. Einheit macht stark. Und Recht muss Recht bleiben, trotz aller Maßnahmen der Freunde der konfessionellen Schule.

Und die katholischen Christen im Sachsenland haben noch mehr zu tun, als die noch bestehenden Schulen unserer Konfession zu erhalten. Wir haben auch die verlorenen wiederzugewinnen. Das dürfen wir nicht aus dem Auge lassen.

Die Katholiken werden es nur begrüßen, dankbar und freudig, wenn es bezüglich des Kampfes um die konfessionelle christliche Schule in Sachsen zur Wahrheit würde. Getrennt wohl sind die Anhänger der Konfession marschiert, aber vereint haben sie den Feind geschlagen und zu Boden gerungen.

Nur dem Flaggblatt heben wir besonders auch den Satz hervor:  
Am 30. März 1919 lehnte der Sächsische Lehrerverein in seiner Ver-  
treterversammlung den evangelischen Religionsunterricht für die Volksschulen  
ab. Nun sollten alle positiven Christen — die Katholiken nicht minder  
wir die Protestanten wissen —, wie sie diese Mehrheit des Sächsischen  
Lehrervereins zu werten haben.

## Eisenbahnpolitik und Friedensvertrag

Gott auch die Tarifpolitik der Eisenbahnen zu einem brauchbaren und wirkungsvollen Mittel der Industrieförderung werden, so darf sie nicht lediglich nach rein statistischen Gesichtspunkten vor sich gehen sondern muss sich im Rahmen und in Abgrenzung mit unserer Zoll- und Handelspolitik vollziehen. So war sie auch vom Füchten Präsident gedacht, als dieser mit dem Nebergang zum Schutzzoll im Jahre 1875 in fast gleicher Zeit auch die Eisenbahnen in staatlichen Besitz übernahm und damit zu einer einheitlichen industriellen Tarifpolitik befähigt wurde. Mit Hilfe einer zusammenhängenden Tarifpolitik ließen sich bisher Räumen der Zoll- und Handelspolitik ergänzen, schädliche Folgen derselben zugunsten des gewerblichen Industrieveit oder Wirtschaftsgebiete abmildern, ließ sich der Verlust von Job- und Hilfsstellen erleichtern und umgekehrt dem Abhak eine erweiterte Möglichkeit verschaffen. So war die Tarifpolitik der Eisenbahnen in der Tat durch einen der festgestellten und am besten konstatierten Fleiler unserer Politik auszuüben.

Wirtschaftspolitik geworden.  
Durch den Friedensvertrag von Versailles ist ähnlich wie das System unserer Handelspolitik auch der Bau der Einfuhrbegrenzungspolitik in Trümmer geprägt. In dem Heft 8 der Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie 1919 wird das des Kabinett auszuhändigen gesetzt. — Nach § 265 des Vertrages zwischen, die aus den Gebieten der alliierten oder assoziierten Mächte kommenden und für Deutschland bestimmten Güter sowie die durch Deutschland aus oder nach den Gebieten der alliierten oder assoziierten Mächte durchgeführten Güter von Rechts wegen auf den deutschen Eisenbahnen bezüglich des Gebührenfusses Verhältnisse aller Bergungen und Rundvergütungen), bezüglich der Verkehrsverbindungen und in jeder anderer Hinsicht die quantitative Behandlung, die für Güter gleicher Art gilt, welche auf handelnder deutscher Strecke im Raum verkehrt oder zum Zwecke der Aus- Einfuhr oder Durchfuhr unter ähnlichen Verhältnissen verkehren, insbesondere bezüglich der Länge der Zollblaufenden Strecken, bestimmt werden. Das gleiche gilt auf Neilanden über einen mehreren alliierten oder assoziierten Mächten für alle von ihnen namenslich bezeichneten Güter die aus Deutschland kommen und in ihre Gebiete bestimmt sind. Auf ein an Deutschland gerichtetes Vertrags einer alliierten oder assoziierten Macht müssen internationale noch den Zonen des vorigen Abstimmungsaufschlusses enthaltene Tarife mit Tarifpunktschätzchen geschlossen werden." — Nach fünf Jahren sollen die Einschränkungen der deutschen Güterbahnpolitik nur bei Übereinstimmung mitteilen sein.

Damit ist, so wird in der Veröffentlichung des Reichsverbandes gefügt, die Realität der Ausnahmearistie, die man als bestehende Eindeutigkeit, z. B. für Roben vom Produktionsort oder nur Tiere der Rindfleisch „nach den Schäfen“ in Kraft setzt, nicht verneint. „Die bestehenden Tiere unserer Schafhaltungsstaaten müssen für die Waren der alliierten und österreichischen Länder eben verboten und allen Deutschen Einsiedeln entzogen werden. Wenn wir unter diesen Umständen unsere Schafe und verwandten Tiere betrachten lassen, dann können wir geradezu in die Gefahr der Erzeugnisse der bisher freigängigen Länder auf den meisten deutschen Eisenbahnen gestellt sein, zu fahren als unsere einzündlichen Waren, für welche ja die Ausnahmearistie nach bestimmten Staaten bezeichnet bleibt. Konsequenzen haben sich die deutschen Eisenbahnverwaltungen auf den Standpunkt dieser Normen ge stellt und die Aufhebung eines großen Teiles unserer Ausnahmearistie ist in vollem Gange. Zu wünschen ist nur, daß mit dieser Aufhebung nicht überhaupt vorgegangen wird. Soviel bekannt sind zahlreiche bestätigte Tarifveränderungen bereits erledigt, ehe der Friedensvertrag irgend konkretisiert ist, eine Eile, die Sicherung nicht geboten war. Genau zu prüfen ist, welche Tarife unbedingt Preisnachahmung verdienen müssen. Denn vieles kann hierauf gesehen werden, besonders für die jenigen Berufsbeziehungen, bei denen der Wechselwert der alliierten und österreichischen Währungen auf dem Exporte zu uns kommt und das auch

und ansonsten Vorder auf dem Seeweg zu uns kommt und nur das für die Einführung nach dem Binnenlande des Kaiserreiches bedient.“